

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 50 Gelbfennig monatlich geldlos in wöchentlichen Heften. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Postämter, Buchhandlungen und Verlage an. — Druck: Meyer, Grottel und Bernbach, Leipzig, Mitteldeutscher Verlag, Postfach 100, Leipzig, Postfach 100, Leipzig.

Einzelheft: 50 Gelbfennig. — Bezugspreis: 50 Gelbfennig monatlich geldlos in wöchentlichen Heften. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Postämter, Buchhandlungen und Verlage an. — Druck: Meyer, Grottel und Bernbach, Leipzig, Mitteldeutscher Verlag, Postfach 100, Leipzig, Postfach 100, Leipzig.

Nummer 44

Halle (S.), 30. Oktober 1926

2. Jahrgang

Reichstagsbeginn.

Die Koalition der Mitte — Der kapitalistische Hintergrund für Thoiry — Sozialdemokratische Schwierigkeit — Der Wahlkampf in Sachsen — Finanzielle Sorgen — Amerikas Nein — Unmögliche Vorschläge — Keine Anerkennung der Ostgrenzen — Briand der Optimist — Politische Infreundlichkeiten — Der Erbfeind — Wechselnde Mehrheiten — Der Finanzausgleich — Die Einheitsfront der Länder — Die Elle länger als der Kram — Die Denkschrift der Städte — Hohenzollernvergleich — Feme-Morde und andere Unfreundlichkeiten.

Wenn nach der langen Sommerpause der Reichstag seine Arbeiten wieder aufnimmt, so geschieht es im Grunde genommen unter den gleichen Vorzeichen, unter denen er seine Tätigkeit beendet hat. Innerpolitisch hat sich jedenfalls nichts geändert. Wie bisher trägt die Mitte die Verantwortung für die Geschicke Deutschlands und kann sie trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche auch tragen, weil sie erfolgreich gemein ist und zahlreiche Fragen im Sinne einer Verständigung gelöst hat. Wenn Frau Wehner in einer Leipziger Rede die Politik der Mittelparteien als verständlich anerkannt hat und nun einerseits die Forderung erhebt, daß sie sich klar nach der einen oder der anderen Seite entscheiden sollten, so wird man das aus dem seinem Standpunkt aus begrifflich finden, nur haben wir nicht die geringste Veranlassung, dieser Aufforderung zu entsprechen und uns damit festlegen zu lassen. Es würde keine Stärkung, sondern eine Schwächung bedeuten. Am allerwenigsten aber kommen für uns die Deutschnationalen in Frage. Sie haben sich selbst ausgeschaltet und müssen nun die Folgen tragen. Es ist garnicht denkbar, mit ihnen die Politik von Thoiry fortzuführen, und schon das allein mag genügen, um ihre Angebote, die bald dringend, bald verschleiert vorgetragen werden, mit Dank abzulehnen. Eine Aufnahme deutschnationaler Minister in das Kabinett würde nur neue Schwierigkeiten schaffen, während der gleiche Kurs klar und bestimmt ist.

Allerdings muß auf eines hingewiesen werden, was in all den Erörterungen der letzten Zeit nicht genügend beachtet worden ist. Die Sozialdemokratie ist eine Anhängerin jener Weltanschauung gewesen, die von Maschinen und Wirtschaft eingeleitet wurde und ihre bereits willige Unterstützung gefunden hat. Man kann für jener Weltanschauung, daß sie selbst der höchste Motor in dieser Richtung gewesen ist. Sie wird den letzten Berufen, einen Ausgleich mit Frankreich herbeizuführen, auch keinen Widerstand leisten und kann infolgedessen als sichere Hilfsarmee gelten. Ob sie allerdings vor ihren eigenen Wählern die Verantwortung übernehmen kann, ist mindestens fraglich. Thoiry hat heute einen fast kapitalistischen Hintergrund bekommen. Wenn auch die Wirtschaftsverhandlungen, so über den Eisenpakt, das Farbenabkommen und die Besprechungen in Rom, als etwas Selbständiges angesehen werden müssen, so gehören sie doch in diesem Zusammenhang hinein. Gerade sie bilden die Klammer, die um die beteiligten Länder gelegt werden soll. Wir haben schon von Anfang an immer auf die Bedenken verwiesen, die eine horizontale Gemeinschaft über die Landesgrenzen hinweg gerade dann erregen muß, wenn es sich um die Schinerindustrie handelt. Sie sind sozialer Natur, und es wird Aufgabe des Reiches sein, die gewaltige Macht, die sich hier zusammenzieht, im Staatsinteresse unter Kontrolle zu nehmen, sonst könnten eines Tages die gesamten Erzeugnisse der Sozialpolitik reiflos verschwinden.

Es ist das schon für die Mittelparteien eine harte Last, so ist es für die Sozialdemokratie geradezu eine innere Unmöglichkeit, diese internationalen Weltbewegungen zu fördern. Man braucht sich nur vorzustellen, daß heute wieder, wie es doch schon der Fall war, ein Sozialdemokrat an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums steht. Wir zweifeln gar nicht daran, daß auch eine solche Persönlichkeit die Notwendigkeit dieser Parteierkenntnis und dementsprechend im Kabinett handelt, aber seine Widerstandskraft wird nicht mit derselben Klarheit begreifen. Sie würde nur sehen, daß dem Kapitalismus der Sieg über die Sozialdemokratie geboten ist, sie geht in diesem Augenblick nicht so sehr auf einer Mitübernahme der Verantwortung zu drängen, sondern sie hat sich auf die Füße stellen, um so besser, dann wird sie auch die Kraft haben, sich mit ihren Anhängern auseinanderzusetzen. Aber irgend einen Zwang auszuüben, scheint nicht ratsam.

Man darf auch nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie in sich nicht einheitlich ist. Am nächsten Sonntag finden die Landeswahlen im Freistaat Sachsen statt. Die Partei tritt gepulst auf, und wenn nicht alle Anzeichen liegen, endet der Kampf zu Gunsten der radikalen Erdringung, die mit den Kommunisten zusammengeht. Die Rückwirkungen auf das Reich sind unvorstellbar, zumal man in der Zentrale nicht den Mut findet, Grenzen zu

ziehen, sondern nach berühmtem Muster immer wieder den Versuch macht, zu vermitteln. Dabei muß betont werden, daß gerade Sachsen ein für die äußerste Linke günstiges Feld ist, namentlich in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Dieser Freistaat, in dem in der Vergangenheit so unendlich viel an den unteren Schichten gesündigt worden ist, hat alle Nachteile einer übertriebenen Industrialisierung, die sich politisch in Radikalisierung umsetzt. Mit einem Mißgefühl des Bürgertums ist dort ebenfalls zu rechnen.

So bleibt eben nur die Mitte. Sie kann die Verantwortung tragen, weil alle Probleme bei uns einzig und allein auf dem Wege der Verständigung gelöst werden können. Ein Auskämpfen der Gegensätze ist zwecklos und muß daher ängstlich vermieden werden, weil der Gedankensprache, in dem wir uns befinden, dadurch nur verjüngt werden würde. In der Lagepolitik ist der Weg gegeben. Dabei aber darf nicht etwa behauptet werden, daß dieser Weg gradlinig zum Ziele führt. Wir wissen, welche Widerstände sich in immer größerer Maße in Frankreich herausgebildet haben. Wenn auch Briand, der in seinem fröhlichen Optimismus an Stresemann erinnert, erst vor wenigen Tagen im Kreise seiner Freunde Thoiry gefeiert und ein erneutes Bekenntnis zur deutsch-französischen Verständigung abgelegt hat, wenn auch von Poincaré, wahrscheinlich mit Recht gesagt wird, daß er grundsätzlich kein Gegner dieses Ausgleichs ist, und nur möglichst viel für Frankreich herauszuschlagen will, so bleiben doch Tatsachen bestehen, die als sehr schwer überwindliche Hindernisse zu gelten haben.

Es sind wieder die finanziellen Fragen, die sich als noch nicht lösbar herausgestellt haben. An und für sich wäre es durchaus denkbar, daß Deutschland einen erheblichen Teil seiner Eisenbahnobligationen auf dem amerikanischen Geldmarkt auflösen kann. Eine amtliche Genehmigung würde wohl zu einem Erfolge ausreichen, sie aber bleibt aus, oder besser gesagt, sie wird abgelehnt, weil Frankreich bisher sein Schuldenabkommen nicht ratifiziert hat und ein Druck in dieser Richtung ausgeübt werden muß. Die Aussichten sind trotzdem außerordentlich gering, weil die Schuldverschaffung, wie man das jenseits des Rheines nennt, unter allen Umständen vermieden werden soll. Man sagt sich in Paris, daß die beiden angelsächsischen Mächte keine Zwangsmaßnahmen ergreifen können, und daß man sich in der glücklichen Lage eines Schuldners befindet, dem kein Gerichtsoozieher etwas anhaben kann. Siegt diese Auffassung, und es spricht sich für eine gewisse Wahrscheinlichkeit, so scheidet Wallstreet damit von selbst aus. Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob nicht in Europa eine Anleihe denkbar wäre. An sich könnte man das behaupten, aber wir haben kein Interesse daran, uns deshalb mit den bereitwilligen Staaten zu überlassen, die eine solche Tat offenbar als eine gegen sie gerichtete Handlung ansehen würden. Zu mindert wäre es angebracht, den Ausweg der Wahlen abzuwarten, die in Amerika im November stattfinden und nach allgemeiner Auffassung zu einer Verchiebung

publikaner, aber auch die Schäden soll man nicht vergessen. Es ist schließlich die Partei Wilsons.

In dieser Zwangslage haben französische Blätter eine Veränderung der Grundlage von Thoiry vorge schlagen. Deutschland soll nicht finanzielle Leistungen, sondern politische Zugeständnisse bieten. Eine Möglichkeit dazu sehen wir nicht. Wenn von einer endgültigen Anerkennung der Ostgrenzen, oder einen Verzicht auf den Anluß Ostpreußens gesprochen werden ist, so sind das Forderungen, denen wir nur ein klares Nein entgegenstellen können. Dazu haben wir nicht in Locarno noch jähren Ringen unsere Thesen durchgesetzt, die auf Gewaltanwendung zur Veränderung der Grenzen verzichtet, die deutschen Ansprüche aber aufrecht erhielt. Gerade die Wortkommisse der letzten Zeit, so die erneute Ausweisung Deutschlands aus Oberschlesien und die fast ablenkende Note in der Angelegenheit der Chorzower Schadloshaltung, konnten unsere Auffassung nur bestärken, daß in Warschau ein Verständigungswille überhaupt nicht vorhanden ist. Mit Polen können wir nur auf dem Wege über internationale Schiedsgerichte verhandeln, wobei wir immer darauf gesetzt sein müssen, daß selbst klare Urteile von ihnen umgangen oder mutwillig jurisdig wiesen werden.

Es war ganz richtig, daß die Deutschnationalen der Provinz Brandenburg in einer Entschärfung gegen Thoiry von Frankreich als dem Erbfeind sprachen, und daß dann keinmal sämtliche Blätter der Partei, ausgenommen natürlich die „Deutsche Zeitung“, diesen Ausdruck gedrückt haben. Soweit ist man auch dort schon vorgekommen. Es gibt in der Politik weder Erbfeinde noch Schreibe. Alles ist in ständigem Fluß und nur Toren glauben der Weltgeschichte bestimmte Richtlinien vorzuschreiben zu können. Besonders falsch, das es bei uns gerade jene Kreise sind, die sich auf Bismarck berufen, obwohl er immer das Entgegengelegte gepredigt hat und noch in seinem Vermächtnis dringend danach warnte, der Vorlesung in die Karten zu sehen. Wir werden auch mit anderen Staaten zu Einigungen gelangen müssen, deren Faltung während des Krieges und nachher nicht fonderlich erfreulich gewesen ist. Solche Bestrebungen wird man ohne übertriebene Hoffungslosigkeit und Begeisterung betreiben, aber man wird auch nicht mit alten Erinnerungen stöhnend einbringen dürfen. Je schneller man vergißt, umso besser. Das alles ist nur Ballast.

Der Satz gilt natürlich auch von der inneren Politik. Man nimmt sich seine Bundesgenossen dort, wo man sie findet. Es gibt Fragen genug, die man mit der Sozialdemokratie und solche, die man mit der Deutschnationalen lösen muß. Verlagst sich der eine oder der andere, dann wirft man das Steuer eben um. Wir stehen jetzt gerade bei Reichstagsbeginn, vor dem schwierigsten Problem, das wir überhaupt anzugehen haben, nämlich dem Finanzausgleich. Wo die Elle länger ist als der Kram, ist von Verteilungen nicht gut die Rede. So aber liegen die Dinge. Die Forderungen des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der privaten Wirtschaft sind gleich berechtigt. Jedem fallen Aufgaben zu, die man nicht rufen lassen darf, ohne sie in der Zukunft teurer bezahlen zu müssen, aber wo nichts ist. . . Der Ausgleich wird zu erbitterten Kämpfen führen, weil jeder der Beteiligten nur seine eigene Not sieht. Die Länder stehen fast geschlossen gegen das Reich, die Städte haben schon in einer Denkschrift schlagig, aber darum nicht minder scharfe Kritik an der Finanzgebarung geübt, und das Reich selbst wird sich auf seine außenpolitischen Verpflichtungen berufen müssen.

Daneben spielen die Vorfälle der letzten Zeit eine untergeordnete Rolle, auch wenn sie zunächst die Öffentlichkeit hart erregt haben. Der Vergleich mit den Hohenzollern in Preußen, der Rücktritt des Generalobersten von Seeck nach der Militärdienstführung des Kronprinzensohnes, die Fredericus Herz-Morde der Reichspost und andere Feindschaften, so auch die Unterdrückung der Feme-Morde und die Gerichtsverfahren gegen die Täter, werden den Stoff genug zu lebhaften Debatten geben, aber das Wesentliche hindert sie nicht. Unsere Aufgabe bleibt, die deutsche Stellung dem Auslande gegenüber zu sichern und die Bahnen für die innere Entwicklung frei zu legen. Richard Man.

Werbung neuer Mitglieder
und
Verbreitung unserer Zeitschrift
in die beste
und nachhaltigste Unterstützung
der Partei.
Anmeldungen nehmen entgegen:
Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breitenweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipziger Straße 21.

der Parteikräfte führen werden. Die Demokraten befinden sich im Vormarsch. Möglich, daß sie, wenigstens im Senat, vielleicht auch im Repräsentantenhaus, die Mehrheit erhalten werden. Der Nutzen liegt klar zutage, da die Demokraten eher für Völkerrundschiedsgericht und Verständigung mit Europa zu gewinnen sind, als die Re-

Demokratie und Wirtschaftspolitik

Rede des Abgeordneten Dr. Hummel.

Ueber dieses Thema hat unser Reichstagsabgeordneter, Staatspräsident a. D. Dr. Hummel am 24. d. M. auf dem Parteitage der bayerischen Demokraten in Schwabach eine groß angelegte, viel beachtete Rede gehalten, aus der wir die folgenden, das Interesse unserer Leser besonders beanspruchenden Ausführungen wiedergeben.

Meine Damen und Herren! Als ich heute früh mit dem Kraftwagen durch Eibach fuhr und noch mehr, als ich dorthin meinen alten Freund Quiddeden Saal betreten sah, da erinnerte ich mich an einen Tag vor 20 Jahren, an dem ich auch mit dem Kraftwagen nach Schwabach zu fahren hatte, um bei der Reichstagswahl für Quiddeden gegen Hufnagel zu sprechen. Ich erinnere mich noch, daß ich mit einer großen Verspätung ankam und Quiddede mich mit den Worten empfing: „Können Sie gleich reden?“ — weil er schon 1½ Stunden gesprochen hatte. Ich erinnere mich auch lebhaft an die politische Konstellation in jenen Tagen. Denn nachdem ich hier gesprochen hatte, hatte ich die weitere Aufgabe, sofort nach Eibach zu fahren, um dort den sozialdemokratischen Wählern den irtümlichen Gedanken auszureden, daß sie bei der Stichwahl für Hufnagel stimmen sollten. Man muß daran denken, daß eine Reichstagswahl stattgefunden hat, in der Quiddede durch, weil die Sozialdemokraten der Bauernbündler begünstigt haben. Man muß staunen, wie wandelbar in tatsächlichen Fragen die Haltung der Parteien manchmal ist und wie auch die Sozialdemokratie hin und wieder zu überlistenden Demotischen greift. Ich habe umso mehr daran gedacht, weil ich ohnedies vor hatte, mich in diesem engeren Parteireis auch einmal über die innere Parteipolitik auszupreschen.

Wenn wir heute die Verhandlungen mit einem harten Optimismus in Bezug auf unseren Zuwachs haben beginnen sehen, so habe ich in anderen Teilen Deutschlands in den letzten Wochen, auch in der Gegend, die ich vertrete, ähnliche Wahrnehmungen gemacht. Aber, meine Freunde, ich will es nicht verschweigen, daß ich trotzdem von großer schwerer Sorge für die Gegenwart und Zukunft unserer Partei erfüllt bin. Und da wir im internen Kreis sind, so ist es vielleicht nicht, daß wir uns auch einmal über diese Sorge ausprechen. Es läßt sich nicht leugnen, daß in den letzten Jahren auf der einen Seite in unserer Partei eine Verflachung festzustellen war und auf der anderen Seite eine Art von Selbstbildung. Es war mir interessant, in den letzten Wochen auf der Durchreise durch meinen Wahlkreis, während welcher ich mehrere Versammlungen besuchte, in Coswig (Elbe) von dem dortigen Volksmeister zu hören, wie die Provinz zu unserer Partei hielt. Dieser Beamte des Reiches und nachdenkliche Politiker sagte mir, man müsse an der Spitze der Partei auch daran denken, daß es nicht immer genüge, mit der starken Betonung äußeren und innerpolitischen Prinzipien, um die Sympathien der Massen draußen zu werden, sondern daß die Gefahr bestehe, daß die Führer in den Wäldern von Prinzipien sprechen und manchmal die Sorgen der schaffenden Stände nicht mit der Energie und den praktischen Blick in Angriff nehmen, wie die anderen Parteien es tun; und er hat auch das Bedenken gehabt, ob es wirtschaftlich möglich sei, diese Sorgen der sogenannten schaffenden Stände so stark vom rein doktrinären Standpunkt aus zu behandeln, wie das manchmal von manchem unserer Freunde geschieht. Ich konnte ihm nicht ganz unrecht geben, daß dies vielleicht mit ein Grund ist für die Erscheinung, die wir nicht befechten können, dafür nämlich, daß die Kreise, für die die Demokratie in Betracht kommenden sozialen Schichten sich immer mehr verengert haben. Ich muß offen stehen, daß ich es auf das lebhafteste bedauere, daß insbesondere im letzten Jahre, daß das Interesse mancher Einrichtung unserer Partei sich viel zu stark außerhalb und neben unserer Partei betätigt hat als in und für unsere Partei. Ich war in meinem Leben nie erschrocken, und bin es auch hier nicht und spreche es daher aus, daß ich es in den letzten Monaten als einen Mangel empfunden habe, daß unsere führende Presse besperrt nur Herrn Dr. Stresemann gelobt hat. Fast in keiner demokratischen Zeitung ist nicht schon durch die ganze Art der Aufmachung der größte Anteil an dem Geschehen der letzten Monate in der auswärtigen Politik für Herrn Dr. Stresemann gebracht worden. Wenn wir, ich bin offen, daran denken, daß die demokratische Jugend eigentlich geneigt ist, mehr Herrn Wirth zuzuhören als den Führer unserer Partei, die die Demokratie, wie Wirth — und in der Mitte stehen wir, die Partei. Und die Partei verdingt ihre Zeit vielfach mit Erörterungen über Fusion, große Koalition und andere Dinge, die alle auf „ion“ hinausgehen.

Ich habe mir im Gegenfah dazu in den letzten Monaten mehr wie die Frage nach der Daseinsberechtigung unserer demokratischen Partei gestellt und ich habe mich gefragt: Haben wir genug getan, um auch in der Parteipolitik in dieser Partei zu betreiben; tun wir alles, um die Daseinsberechtigung unserer eigenen Partei so zu erwirken, wie es der Bedeutung der praktischen Politik unserer Partei in den letzten Jahren entspricht. Werden wir auch in dem Maß dem unersenklichen Charakter der Demokratie in unserer Partei so gerecht wie sie es verdient, wie ihn ihre Prinzipien enthalten. Und es ist ja kein Wunder, daß vielleicht gerade ich mehr von diesen Dingen berührt werde, als eine Menge anderer Männer in der demokratischen Partei. Ich habe dorthin schon erwähnt, daß ich zu denen gehöre, die schon vor 20 Jahren praktische Arbeit für die Demokratie geleistet haben und schon vor 20 Jahren dringend verächtigt war, ein

Republikaner zu sein. Das war für mich kein Wunder, meine politische Einstellung geht auf meine Abstammung zurück. Drei Generationen Demokratie sind an meinem Leben beteiligt gewesen. Mein Großvater, der 1848 für Deutschlands Freiheit kämpfte, der Vater, der ein Leben voller Kampf für die Demokratie geführt hat und schließlich ich, der der letzte 2. Vorsitzende der ersten Deutschen Volkspartei war, der Partei Süddeutschlands, deren schönen Namen später die Nationalliberale Partei übernahm, von der unser alter Freund Beneden sagte: „Nationalliberal ist ein schöner Name für eine schlechte Sache.“ Wer dazu ein Leben voll Demokratie

An die Vorlegenden und Vertrauensmänner der D. D. P.

Magdeburg-Anhalt.

Vergeßt es nicht!

Wir machen darauf aufmerksam, daß ab 1. Oktober ds. Js. die Kopfsteuerbeiträge für die Reichsgeschäftsstelle und für den Bezirksverband wieder erhoben werden.

Mit Rücksicht darauf, daß die Ortsgruppen und Kreisvereine erheblich Berücksichtigung aus den letzten Wahlen hatten, hat der Bezirksverband davon abgesehen, diese gegenwärtig festgesetzten Beiträge einzuziehen. In seiner Sitzung vom 10. Okt. 1926 hat der Bezirksverband festgestellt, daß die finanzielle Lage des Verbandes es erfordert, die Kopfsteuerbeiträge wieder einzuziehen. Zu zahlen sind an die Bezirksgeschäftsstelle in Magdeburg:

Beitrag für den Bezirksverband	10 Pf.	
Beitrag für die Reichsgeschäftsstelle	5 Pf.	
mithin pro Monat und Mitglied		15 Pf.

Eine Summe, die von allen Ortsgruppen und Kreisvereinen aufgebracht werden kann. Die verbundenen Kreisvereine des Landesverbandes Anhalt sowie die verbundenen Kreisvereine des Unterbezirktes Harz zahlen die folgenden Beiträge:

Beitrag für den Bezirksverband	5 Pf.	
Beitrag für die Reichsgeschäftsstelle	5 Pf.	
mithin pro Monat und Mitglied		10 Pf.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche demokratische Vertrauensmänner, die weder einer Ortsgruppe noch einer Kreisorganisation angehören, für die Folge als Einzelmitglieder dem Bezirksverband Magdeburg-Anhalt angegeschlossen werden. Diese Mitglieder zahlen einen Beitrag von mindestens 1.— Mk. pro Vierteljahr. Die Beiträge sind direkt an die Bezirksgeschäftsstelle in Magdeburg, Breite Weg 139/140, 3. H., der Untergeschichten abzuliefern. Wir erwarten, daß diese Einzelmitglieder, soweit sie finanziell dazu in der Lage sind, einen höheren Beitrag leisten. Der Bezirksverband braucht zur Fortführung der organisatorischen Arbeit sehr erhebliche Mittel, an deren Aufbringung die Parteifreunde in Stadt und Land sich beteiligen müssen. Der Vorstand hofft gern, daß diese finanzielle Regelung überall guten Widerhall findet.

Die „Mitteldeutsche Rundschau“ kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn alle Demokraten unsere Wochenschrift im festen Bezug halten. Probehefte werden kostenlos der Verlag. Wir sprechen hiermit die bringende Bitte aus, die Bezugsgeldern möglichst für mehrere Quartale im Voraus an den Verlag einzuzahlen, um der Geschäftsleitung jede Mahnung zu ersparen.

Mit Parteigruß

Der Vorstand.

J. V. Ludwig Münz.

verträgt hat, der ist vielleicht mehr zum Nachdenken geeignet als andere. Uns war die Demokratie immer das ganze Leben, das alles umfassende Prinzip, das in alle Verhältnisse des öffentlichen Lebens eindringt, und es durchsetzt. Wir müssen aber immer daran denken, daß die Demokratie keine Politik von Spezialinteressen der öffentlichen Fragen ist, daß die Demokratie vielmehr die großen Entscheidungsbereiche des öffentlichen Lebens, Politik, Wirtschaft und Kultur umfassen muß, wenn sie ihre Mission erfüllen will. Auch hier frage ich, waren wir uns dessen immer genügend bewußt?

Waren wir uns immer bewußt, daß die Demokratie nicht eine einseitige Lebensform ist, sondern daß sie mit vier Wurzeln im Leben der Nation verankert ist. Der demokratische Mensch, das demokratische Verhalten, die demokratischen Einrichtungen und die demokratischen Prinzipien sind die vier Wurzeln einer ausreichenden Demokratie. Und wenn wir schon bei einer Aussprache sind über diese Dinge allgemeiner Natur, — wieviele Reden sind schon über Demokratie gehalten und wieviel Mißverständnisse dabei verbreitet worden — dann ist es angebracht, die Frage zu beantworten: Was ist der demokratische Mensch? Ist er das, was unsere Gegner sagen, oder etwas anderes. Und wenn wir in unser Herz hineinblicken, wenn wir zurückfragen in die Vergangenheit der Dinge, so steht eine ganz andere De-

motomie vor uns. Stolz, freiziehliebend, human, vorurteillos, unabhängig und tolerant: Das sind die Eigenschaften, die in letzter Linie auch den liberalen Menschen kennzeichnen. Es sind diese Eigenschaften, ohne die der demokratische Mensch nicht sein kann. Er ist auch ein liberaler Mensch, aber er ist nicht bloß liberal. Viel weiter hinaus geht das Streben und Sinnen des demokratischen Menschen, er ist aktiv im Leben und in der Politik; er ist nicht bloß ausgleichend wie der Liberale, sondern umgestaltend, ein Feind des Unrechts und der Privilegien, kurz — wollen wir das böse Wort gebrauchen: Er ist im besten Sinne des Wortes Revolutionär. (Starker anhaltender Beifall.)

Das ist es, daß den demokratischen Menschen vom liberalen Menschen unterscheidet. Und aus diesem Stoff wächst das Verhalten des demokratischen Menschen zur Umwelt heraus. Er kann nicht leben ohne ein festes Gemeinschaftsgefühl mit dem ganzen Volke, ohne Toleranz gegen die Hebrigen. Vor allem dadurch ist das Verhalten der Demokratie gekennzeichnet, daß es getragen ist von einer durchaus selbstkritischen Gewinnung in der Wirtschaft, Politik und Kultur. Sie, die Demokratie, ist die Trägerin der großen, umgestaltenden Ideen in der Volksgeschichte, sie ist es, die die weitesten Grenzen von allen Weltanschauungen beißt. Sie umfaßt immer die ganze Zeit, in der sie lebt, nicht nur einen Teil; sie drängt es, in der Welt die Prinzipien durchzuführen, die die ihren sind. Und wenn sie sich in der Geschichte und in den einzelnen Staaten Einrichtungen zur Durchführung der Demokratie geschaffen hat, so müssen wir daran denken, daß die Form der demokratischen Einrichtungen Fragen sekundärer Natur sind. Wir wissen, daß der große Freiheitsdrang, von dem die Demokratie erfüllt ist, geübt ist durch die Rücksicht auf das Ganze, daß die demokratischen Einrichtungen immer den Erfolg haben müssen, die Persönlichkeit jedes Menschen zum Durchbruch zu bringen. Es ist falsch, wie das von den Gegnern geschieht, deshalb die Demokratie als die Herrschaft der Masse zu betrachten. Das Durchdringen der Persönlichkeit und der Führung durch Führer muß geleitet sein von dem Bestreben, eine immer breitere Tragfähigkeit für die Verantwortung zu gewinnen, damit schließlich alle an der Verantwortung für das Staatsganze teilnehmen. Wir Demokraten aller Prägung, wir haben immer gewußt, daß die republikanische Form am besten dazu geeignet ist, diese Prinzipien in der Volksgeschichte zur Durchführung zu bringen. Man darf aber auch hier nicht dochträn sein und muß wissen, daß die Staatsform schließlich eine Frage zweiter Natur ist. Die Hauptsache ist der Geist, von dem sie erfüllt ist. Ich kann mir denken, daß es einem Republikaner in einer demokratischen Monarchie woher sein kann als in einer reaktionären Republik. In Deutschland ist jedoch die Frage der Staatsform entschieden und nach unserer Ansicht für alle Zeiten entschieden. (Starker Beifall.) Wir haben für alle Zeiten die Mission des deutschen Volkes für die demokratische Ideologie zu erwarman und sie mit demokratischen Ideen zu erfüllen, in einem Flug der Gedanken, wie sie voraussehend schon unser Altmeyer Goethe empfunden hat: „Amerika, Du hast es besser, als unser Kontinent, der alte, halt keine verfallenen Schöpfer und keine Besatze!“

Draußen über dem Ozean raucht das Leben der Demokratie und des demokratischen Geistes. Und viel zu wenig sind uns in Deutschland die literarischen Blüten der Demokratie von den anglosächsischen Stämmen jenseits bekannt. Viel zu wenig wissen wir von dem Hymnos Wort „Whitman“ an die Demokratie. Es ist kein Zufall, daß ich daran denke, weil es merkwürdig ist, wie in dieser in Reinkultur aus dem Chaos erwachenden Demokratie sich von selbst das herausbildet, was die Demokratie auszeichnet von den übrigen Weltanschauungen, in dem sie die Gegensätzlichkeiten herausstellt, der wir uns mehr und mehr bewußt werden müssen. Überall ist die Demokratie erfüllt durch den Kampf gegen den Alerikalismus und Feudalismus. Der demokratische Geist und die geistige Freiheit werden nie und nimmer in das Prunkkostüm der Dogmen passen. Und nie und nimmer kann sie sich mit politischer Entschöpfung abfinden. So müssen wir auch heute über alle tatsächlichen Notwendigkeiten des Tages hinaus daran denken, daß auf unserem Banner steht der Kampf für die geistige Freiheit nicht. Auch in diesem Sinne: Das ganze Deutschland soll es sein! (Starker anhaltender Beifall.)

Neue Freunde der Gewerbetreibenden.

Uns wird geschrieben: Die Deutsche Wirtschaftspartei, in deren Programm der Schutz des Mittelstandes eine große Rolle spielt, hat vor kurzem im Preussischen Landtage wieder einmal durch die Tat bewiesen, daß alle schönen Redensarten im Programm nicht sind und daß Handwerker vorraten und verkauft sind, wenn sie sich den Politikern der Deutschen Wirtschaftspartei ausliefern. In der ersten Sitzung des Preussischen Landtages nach den Wahlen, am 6. Oktober 1926, stand die von Staatsrat vorgeschlagene Resolution über die Regelung der Gewerbesteuer für die Rechnungsjahre 1925—26 auf der Tagesordnung. Bekanntlich bestimmt der § 4 des Gewerbesteuergesetzes — diese Entscheidung ist aus der Initiative des Landtages heraus geschaffen worden — daß für das Rechnungsjahr 1925 höchstens der doppelte Betrag der Vorauszahlungen an Steuern erhoben werden soll. Der Staatsrat hatte aber nach dem Gesetz keine Zustimmung gegeben, später aber nach dem § 4 im Gewerbesteuergesetz zu streichen sei. Es liegt auf der Hand, daß bei der Streichung dieses Härteparagrafen die Gewerbetreibenden unter Umständen für das Jahr 1925 Beträge zu zahlen haben würden, die über das Doppelte der Vorauszahlungen weit hinausgehen. Infolgedessen wäre es für eine wahrhaft handwer-

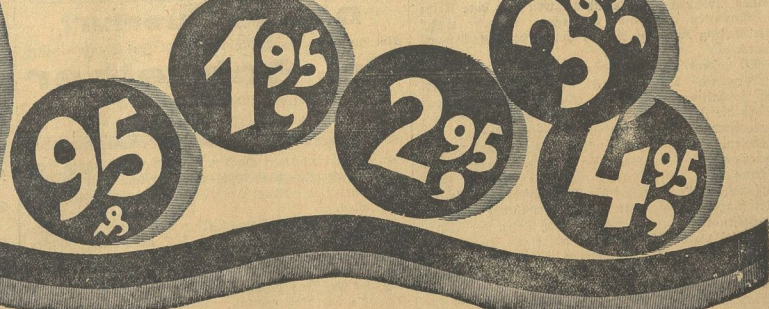
Das Warenhaus
Magdeburgs




GEBR.
BARASCH


Wir stellen für diesen Serien-
Verkauf Warenmengen im
Werte von 300000 Mk. bereit.
Kommen Sie trotzdem frühzeitig.

GRÖSSE VERKAUFVERANSTALTUNG DES JAHRES IN UNSEREM HAUSE






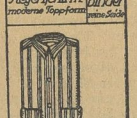
Samitbrut, preiswertig mit Bandgarnitur 3,95




Damen Regensturm Selbstmacher 4,95




Samitbrut, modernste Stoffe mit Bandgarnitur 4,95




Oberhemd 4,95




Samitkappchen in modernen Farben 1,95



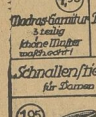
Edler Kronenreißer mit feinsten Spitzen 4,95




Schwammgarnitur 4,95




Tüllgarnitur 4,95




Schmollenstiefel 1,95




Hörner Schuhe 3,95




Hörner Schuhe 3,95



Hörner Schuhe 3,95



Hörner Schuhe 3,95



Hörner Schuhe 3,95

Kleiderstoffe		1 Meter Ghoset, doppeltbreit, 100cm 0,95	1 Meter Ghoset, doppeltbreit, 100cm 0,95
Tischwäsche		1 Safttücher, 40x60 cm, 100-120 0,95	1 Safttücher, 40x60 cm, 100-120 0,95
Unterzeug		1 Unterhemd, 100 cm lang 4,95	1 Unterhemd, 100 cm lang 4,95
Spitzen - Modewaren		4,90 100 Stk. Spitzenreißer 4 bis 3 cm breit 0,95	100 Stk. Spitzenreißer 4 bis 3 cm breit 0,95
Schürzen		2 Damen-Schürzen, gefaltet, mit Taillen 0,95	2 Damen-Schürzen, gefaltet, mit Taillen 0,95
Kurzwaren		20 Stk. Damen-Korsetts in prima Qualität 0,95	20 Stk. Damen-Korsetts in prima Qualität 0,95
Garteln		100 Stk. Damen-Garteln, 30 cm, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Garteln, 30 cm, 100 Stk. 0,95
Lederwaren		100 Stk. Damen-Taschen, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Taschen, 100 Stk. 0,95
Schmuckwaren		100 Stk. Damen-Schmuck, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Schmuck, 100 Stk. 0,95
Glaswaren		100 Stk. Damen-Gläser, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Gläser, 100 Stk. 0,95
Porzellan - Steingut		100 Stk. Damen-Porzellan, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Porzellan, 100 Stk. 0,95

Baumwollstoffe		1 Meter Ghoset, 40 cm breit, 100cm 0,95	1 Meter Ghoset, 40 cm breit, 100cm 0,95
Handtücher		1 Safttücher, 40x60 cm, 100-120 0,95	1 Safttücher, 40x60 cm, 100-120 0,95
Strümpfe		1 Paar Damen-Strümpfe, reine Seide 1,95	1 Paar Damen-Strümpfe, reine Seide 1,95
Handschuhe		1 Paar Damen-Handschuhe, 100 Stk. 0,95	1 Paar Damen-Handschuhe, 100 Stk. 0,95
Wollwaren		100 Stk. Damen-Wolle, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Wolle, 100 Stk. 0,95
Handarbeiten		100 Stk. Damen-Handarbeiten, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Handarbeiten, 100 Stk. 0,95
Schreibwaren		100 Stk. Damen-Schreibwaren, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Schreibwaren, 100 Stk. 0,95
Bücher - Musikalien		100 Stk. Damen-Bücher, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Bücher, 100 Stk. 0,95
Selbst - Parfümerien		100 Stk. Damen-Parfüm, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Parfüm, 100 Stk. 0,95
Konfekt		100 Stk. Damen-Konfekt, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Konfekt, 100 Stk. 0,95

Seide - Samt		1 Meter Ghoset, 40 cm breit, 100cm 0,95	1 Meter Ghoset, 40 cm breit, 100cm 0,95
Taschentücher		100 Stk. Damen-Taschentücher, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Taschentücher, 100 Stk. 0,95
Korsetts		100 Stk. Damen-Korsetts, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Korsetts, 100 Stk. 0,95
Wäsche - Korsetts		100 Stk. Damen-Wäsche, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Wäsche, 100 Stk. 0,95
Putz-Abtunnen		100 Stk. Damen-Putz, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Putz, 100 Stk. 0,95
Wolle		100 Stk. Damen-Wolle, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Wolle, 100 Stk. 0,95
Schurwaren		100 Stk. Damen-Schur, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Schur, 100 Stk. 0,95
Geschenkartikel		100 Stk. Damen-Geschenke, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Geschenke, 100 Stk. 0,95
Holz- und Korbwaren		100 Stk. Damen-Holz, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Holz, 100 Stk. 0,95
Emalle - Aluminium		100 Stk. Damen-Emalle, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Emalle, 100 Stk. 0,95
Haushaltwaren		100 Stk. Damen-Haushalt, 100 Stk. 0,95	100 Stk. Damen-Haushalt, 100 Stk. 0,95



Beilage zum „Politischen Wegweiser“

Nummer 44

Halle (S.), den 30. Oktober 1926

2. Jahrgang

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Gesellschaftsleiter Aussch.) Sitzung am Montag, den 8. November, abends 7 1/2 Uhr, in der Geschäftsstelle.

D. D. P. (Stammfisch). Dienstag, den 2. November, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weisfaßstraße 6. Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am amtlich zu beteiligen.

Wir bitten alle Ortsgruppen, ihre Veranstaltungen unserer Wochenfrist bekannt zu geben. Erwünscht sind lokale Ereignisse.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Abteilung Alt-Alt. Donnerstag, den 11. November, abends 8 Uhr: „Aberkennung im „Wilhelmspark“. Vortrag des amtierenden Abgeordneten Dr. Böhner über: Der Teilnehmer im heutigen Staat.

Meyer und die Philologen.

Der Deutsche Philologenverein hat die Anregung des Oberstudienrats Dr. Böhner abgelehnt, beim Eintritt des Ministers Secoring eine Erklärung abzugeben, die von dem Verhalten seines Mitgliedes, des Hl. Insp. Meyer-Magdeburg abtrübe. Meyer hat bestimmt im Falle Schöder die preußischen Verwaltungsgeschichte bis hinauf zum Minister der Norddeutschen Schöndel. Zur Rechtfertigung dieses Verhaltens schreibt er „Börsen Zeitung“ der Verband.

„Der Preussische Philologenverein hat lediglich deshalb abgelehnt, die seitens des Abgeordneten Dr. Böhner von ihm verlangte Erklärung abzugeben, weil es sich nicht für berechtigt erklärte, die Befugnisse einer Berufsorganisation so weit zu fassen, daß es das politische Verhalten eines Abgeordneten seiner Jurisdiktion unterstellt. Diese Stellung hat der Verband immer eingenommen, auch praktisch vor einiger Zeit in einem Falle, in dem es sich um das Verhalten eines Abgeordneten einer Linksparlei, der Verfassungskommission Dr. Böhner, handelte, als ein ähnliches Verlangen, wie es der Abgeordnete Dr. Böhner stellte, noch seinen Unterorganisation des Verbandes erhoben wurde. Dem Verband gehören die Mitglieder nur durch ihre Tätigkeit innerhalb ihres Berufes an. Als funktionell und politisch eine Organisation kann er daher nur verlangen, daß die allgemeinen staatlichen Belange von seinen Mitgliedern genährt und beachtet werden. In dieser Hinsicht ist die Stellung des Verbandes und damit seiner Mitglieder zu dem heutigen Staat nur kurzem erneut durch einen einstimmigen Beschluß der Vertreter aller preussischen Provinzen in folgender Erklärung festgelegt worden, die auch durch das Verbandsorgan jedem einzelnen Mitglied zur Kenntnis gebracht worden ist: „Der Verband hat stets, zuletzt noch auf dem Verbandstagessitzung vom 19. April in Erfurt, den Standpunkt vertreten, daß der Philologe als Staatsbeamter die Pflicht der Erziehung zur staatsbürgerlichen Gesinnung und zur Achtung vor diesem Staat und seinen Befehlen habe. Von Verfehlungen hiergegen rüdt der Verband ab.“

Das Oberstudienrats Dr. Böhner dem Philologenverein nahegelegt, was seine politische Stellungnahme, sondern ein Akt der Höllichkeit. Daß der Verband die Gelegenheit verläumde, in vornehmer Form den Eindruck auszulassen, den die schwere Verfehlung eines seiner Mitglieder in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, ist in seinem eigenen Interesse zu bedauern.

Neuhaldensleben. Die Deutsche Demokratische Partei ladet zu einer Kreisparteivertretung für den Kreis Neuhaldensleben am Sonntag, den 31. Oktober, vormittags 11 Uhr nach Magdeburg, Gesellschaftshaus „Freundschaft“, Prälatenstraße 32, ein. Parteivorstand Landtagsabgeordneter Dr. Böhner gibt einen längeren Bericht über die Arbeit des Preussischen Landtages. Ferner wird der Stand der Organisation und ihr Ausbau besprochen. In dieser Vertretung haben alle Demokraten des Kreises Neuhaldensleben Zutritt.

Wolmirstedt. (D. D. P. Kreispartei.) Am Sonntag, den 31. Oktober, vormittags 11 Uhr in Magdeburg in der „Freundschaft“, Prälatenstraße 32. Landtagsabgeordneter Dr. Böhner berichtet über die Arbeit im Preussischen Landtag, außerdem werden Organisationsfragen behandelt. In dieser Tagung haben die demokratischen Wähler im Kreise Wolmirstedt Zutritt.

Göthen. Adaa-Tagung. Die Arbeitsgemeinschaft der anhaltischen Volkshochschulen hielt am letzten Mittwoch ihre 6. Tagung in Göthen ab. Vertreten waren sämtliche anhalt. Volkshochschulen. Die „Adaa“ hat sich mit den Volkshochschulen der Provinz Sachsen zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um auf dreierlei Grundzüge intensiver den Volkshochschulbanten der einzelnen anhalt. Volkshochschulen des Landes eingehend besprechen. Da die Frage des Maßstabes für die zu gewährenden Staatszuschüsse an die einzelnen V.H. noch der Klärung bedarf wird weiter auch über die Durchführbarkeit von Maßnahmen

zur Schaffung einer „Zentralstelle für freie Volksbildung“ noch Bedenken bestehen, soll in der nächsten Tagung, Mitte Januar, eine auf Grund der Besprechungen

Wolmirstedt — Neuhaldensleben

Sonntag, den 31. Oktober, vormittags 11 Uhr in Magdeburg, „Freundschaft“, Prälatenstr. 32

Gemeinamer Kreisparteitag

Abgeordneter Dr. Böhner hat das Hauptreferat übernommen. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Bezirksvorstand,

und Entschlüsse erarbeitete „Denkschrift“ vorgelegt und nach Genehmigung durch die „Adaa“ an Regierung und Landtag gegeben werden. Herr Regierungs- und Schulrat Professor Blum hat sich freundschaftlich bereit erklärt, über „Gründungsfrage für die Volkshochschularbeit in Anhalt“ zu referieren.

Stahlfahrt. Die Stadtratsordnungsversammlung ist aufgelöst durch Beschluß der Magdeburger Regierung. Die Neuwahlen werden voraussichtlich am Sonntag, den 12. Dezember, stattfinden. Ob die Deutschnationalen an ihren Führer Dr. Geiß festhalten? Für die Entwicklung unserer Stadt ist es erwünscht, daß die extreme Linke und Rechte erheblich geschwächt wird.

Ballenstedt. (Der unpolitische Stahlfahrer.) In der Anhalter Harzeitung finden wir folgendes Inserat: „Zur Kirchenwahl!“

Behufs Abwehr des von uns geführten Angriffes auf die Kirche haben sämtliche Stahlfahrer auf Anordnung des Gaus ihre Stimmzettel für die Liste der „Freien kirchlichen Vereinigung“ abgegeben. Die Ausübung der Wahl am 24. Oktober ist Ehrenpflicht. Kreisleitung des Stahlfahrers „Ballenstedt.“

Wieder ein Beweis, wo der Stahlfahrer steht und wohin er steuert.

Halberstadt. In einer Versammlung des Reichsdeputiertenverbandes für Handel und Gewerbe berichtete Hotelbesitzer Vöhlert über die Aufgaben des Reichsdeputiertenverbandes. Er wies besonders darauf hin, daß sämtliche mittelständlichen Organisationen für die Folge vereint werden sollen zu einer großen starken Vereinigung. Diese neue Organisation soll vollkommen parteipolitisch neutral sein. — Ob es den Mittelständlichen gelingt, eine einheitliche Organisation zu bilden, erscheint sehr fraglich zu sein, denn die Erfahrungen beweisen nur allzu deutlich, daß die verschiedensten mittelständlichen Organisationen ihre Selbständigkeit bewahren wollen. Für den Mittelstand wäre es tatsächlich das gewissemäße, wenn er sich in einer einheitlichen Organisation zusammenfindet, die natürlich zu mindesten parteipolitisch unabhängig sein müßte. Bisher hat man das nicht tun können, denn die meisten mittelständlichen Organisationen haben es mit den Deutschnationalen oder Wirtschaftsparteien gehalten. Die größten Feinde des Mittelstandes sind. Mit der Bildung eines Kartells wird Herr Vöhlert und seine Freunde wenig Erfolg zu verzeichnen haben.

Bezirk Halle.

Eingekündigt einer Schuld.

„Nie wieder gemeinsame Sache mit den Kommunisten!“

Halle. In dem hiesigen sozialdemokratischen Organ „Volksblatt“ setzt sich der Vorwärts-Schriftleiter Viktor Schiff mit Gärungsercheinungen auseinander, die innerhalb der Partei in letzter Zeit sehr stark zutage drängen. Diese Gärungen sind natürlich nicht auf Halle beschränkt, vielmehr über das ganze Organisationsgebiet der SPD verbreitet. Aber wenn Schiff keine Ausführungen in einem Beitrag des Volksblattes macht, dann ist der Grund daran zu suchen, daß Halle und Mitteldeutschland in ganz besonderer Weise im Brennpunkt dieser Gärungsvorgänge stehen. Es handelt sich dabei um die Stellung der SPD vor und bei dem Volksfest der Fürstentagungsabfindung und um die Haltung der Preußenfraktion der SPD beim hohenzollern-Abkommen. Die Mitglieder vergleichen die politische Parole der Partei vor dem 20. Juni und ihre jetzige Auswirkung im Preußenparlament und finden darauf keinen Reim. Und wenn Schiff seinen Artikel mit „Antwort an einen Mißvergünstigen“ überschreibt, so darf man wohl, ohne den Verhältnissen Gewalt anzutun, statt eines Mißvergünstigen von einer starken Hälfte der organisierten SPD-Mitglieder sprechen.

In diesen „Mißvergünstigen“ lebt noch als politischer Niederschlag der Gedanke der Fürstentagungsabfindung. Vor ihren geistigen Augen steht noch die Faltung der SPD, die alle Vermittlungsaktionen, Warnungen und Vorhersagen der Deutschen Demokratischen Partei auf dem Gebiet der Fürstentagungsabfindung rücksichtslos beiseite warf und Anstoß an die kommunistische Parole suchte. Am 12. Januar lehnte die SPD, auch den tapieren Versuch des Demokraten K. o. h. die große Koalition zu schaffen, ab und am 25. Januar reichte die SPD gemeinsam mit den Kommunisten den Antrag auf Volksfest ab. Politisch-parlamentarisch gesehen, ein Schritt, der die Sozialdemokratische Partei, die über 130 Sitze im Reichsparlament ver-

fügt, in die Abhängigkeit von den Kommunisten führte und der in seiner praktischen Auswirkung den Fortschritt der Aufrechterhaltung und Durchführung ihrer Forderungen sichern mußte, sobald der Volksfest sich freierete.

Man kennt die Entwicklung. Am 31. 12. J. läuft das Spektakel ab. Preußen hat seinen Vergleich mit den Hohenzollern geschlossen. Und die Sozialdemokraten in der Regierung und in der Fraktion haben dem Abschluß dieses Vergleiches nicht das geringste in den Weg gelegt. Die Kommunisten aber haben gelächelt und toben jetzt im Lande gegen die SPD, deren Mitglieder durch die von der bisherigen Parole „Keinen Feind den Fürsten“ jetzt völlig abweichende Haltung der Genossen in Preußen tiefgehend gemacht sind und aus der Partei abzumauern drohen. Daß es so kommen mußte, ist eine ganz zwangsläufige Folge der bisherigen sozialdemokratischen Politik. Schiff hält das Vorgehen und Verhalten der Preussischen Regierung unter dem Genossen Braun als Ministerpräsidenten zwar für übereilt und für einen Fehler, aber er zögert nicht zuzugeben, daß dieser Fehler eigentlich nebenbei in dem Verhältnis zu einem anderen, weiter zurückliegenden Hauptfehler sei, dessen sich die SPD selbst anlagern mußte. Er schreibt wörtlich:

„Wir flagen uns selbst an, daß wir zum ersten Male seit der Revolution in einer wichtigen Frage anstatt Realpolitik reine Agitationspolitik getrieben haben. Das ist geschehen, als wir die Parole der entfähigungslosen Entzweiung, die Parole „Keinen Feind den Fürsten“ zusammen mit den Kommunisten ausgegeben haben.“

Und dann legt Schiff den „Mißvergünstigen“ weiter auseinander, daß auch seiner Auffassung nach die radikale Parole der entfähigungslosen Entzweiung von vornherein praktisch aussichtslos gewesen sei, und daß eine Entfähigung durch Reichsfeind aber Länderregierung (also das, was die Demokraten wiederholt beantragt hatten), die Fürstentagungen finanziell unendlich schwerer getroffen haben würde, weil es zum praktischen Erfolg geführt hätte. Aber von den Kommunisten sei eben toter über die radikale Parole zu erwarten und mit der Stimmung unter der Arbeitererschaft zu rechnen gewesen. Aus rein taktischen Gesichtspunkten habe die SPD deshalb keine gemäßigtere Linie eingegeben, und die ganze Volksentscheidungsfrage habe damit die aktive Unterstützung des nicht monarchistisch gesinnten Bürgertums verloren. Schuld daran seien aber einzig und allein die Kommunisten, denen der praktische Erfolg der Forderungen der Arbeitererschaft ganz gleichgültig sei und die im Gegenteil ein Interesse daran hätten, solche Erfolge zu verhindern und die Mißstimmung zu schüren. Deshalb, so ruft Schiff aus:

„Nie wieder gemeinsame Sache mit den Kommunisten! Nie wieder der „Stimmung“ nachgeben auf Kosten der politischen Vernunft, auf Kosten des praktischen Erfolges!“

Dieses Eingekündigt einer politischen Schuld kommt spät, ist aber in seiner Offenheit wertvoll und erfreulich. Wertvoll, weil es die Richtigkeit der im politischen Tageskampf und in der sozialistischen Presse bisher besprochenen demokratischen Politik aufs neue und in stichhaltiger Weise bestätigt. In Warnungen an die SPD, vor einer Ueberpannung und vor den Folgen ihrer aus ihrer Agitationspolitik geborenen Weigerung einer Mißübernahme der Verantwortung im Reich stehen es nicht fehlen lassen. Ihre Politik weiterzuführen ist nicht fähig, die Berechtigung der Warnungen ein. Aber die Walle der heiteren und kleineren Parteifunktionäre im Lande prüffe jede politische Aktion nur darauf, was wohl die Kommunisten dazu sagen könnten und hielt die eventuelle Abwendung eines vom Kommunismus bereits befallener SPD-Mannes für eine Entwürdigung der Partei. So sollte keines dieser Funktionäre im politischen und auch im kommunalpolitischen Leben eine Art Vorkauf mit der SPD, ein, bei der diese zunächst im Radikalismus doch immer um einige Rängen voraus bliebe, dabei aber die von ihr von Anfang an beabsichtigte Zerlegung immer weiter in die Reihen der Mitglieder der SPD, hineinragen konnte. Jetzt geht es hart auf hart. Jetzt werden Mitglieder-Verluste für die SPD, wahrscheinlich unvermeidlich sein. Wenn man aber, wie Schiff es tut, den Mut hat, den Finger auf die offene Wunde zu legen und die wußigen sozialdemokratischen und kommunistischen Politik liegenden Grenzuntergrenze deutlich als solche zu kennzeichnen, dann dürften es Augenblicke-Verluste und nicht von allgemeiner Bedeutung sein.

Und erfreulich kann man das Schuldbekenntnis deshalb nennen, weil Schiff selbst die Folgen aus ihm zieht und eine Art Gelöbnis zur Umkehr der SPD, als politische Partei ablegt. Wiederum wird in allerhöchster Zeit die Sozialdemokratische Partei vor der folgenreicheren Entschcheidung stehen, ob sie das Ziel der Konsolidierung der republikanischen Kräfte im Reich bestragen will. Bewusstheit gewisse Jugendschritte zu machen, verstanden bleiben. Ein abermaliges Verlegen aber wäre für sie unweigerlich mit einem völligen Abbleiten in ein Wahngleichnis der Fürstentagungsabfindung zur kommunistischen Partei verbunden. Darüber scheint jetzt auch in dem

Letzte Ausgabe im Oktober. Der Bezug muß sofort erneuert werden.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 50 Gelbpfennig monatlich zahlbar in vorwärtsen Monatsraten. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Buchhandlungen, Briefkägen und bei Verlang nach Leipzigstraße Nr. 21, entgegen. — Druck, Litho, Gerath und Vertriebsleitung befinden sich in Leipzig bei der Verlagsgesellschaft für Freiheit und Vaterland.

Einzelnenpreis: Für die schmalere Millimeter-Zeile 10 Gelbpfennig. — Anzeigen im Rückenteil 1 Mark. — Einzelnenpreis für den Verlag des Politischen Wegweiser, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Druck: Druckerei der Deutschen Buchverlagsanstalt, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, Fernsprecher Nr. 1877.

Nummer 44

Halle (S.), 30. Oktober 1926

2. Jahrgang

Reichstagsbeginn.

Die Koalition der Mitte — Der kapitalistische Hintergrund für Thoiry — Sozialdemokratische Schwierigkeit — Der Wahlkampf in Sachsen — Finanzielle Sorgen — Amerikas Nein — Unmögliche Vorschläge — Keine Anerkennung der Ostgrenzen — Briand der Optimist — Polnische Infreundlichkeiten — Der Erbfeind — Wechselseitige Mehrheiten — Der Finanzausgleich — Die Einheitsfront der Länder — Die Elle länger als der Kram — Die Denkschrift der Städte — Hohenzollernvergleich — Feme-Morde und andere Unerefreulichkeiten.

Wenn nach der langen Sommerpause der Reichstag wieder aufgenommen, so geschieht es im Grunde genommen unter den gleichen Vorzeichen, unter denen er seine Tätigkeit beendet hat. Innerpolitisch hat sich jedenfalls nichts geändert. Wie bisher trägt die Mitte die Verantwortung für die Geschicke des Reiches und kann sie trotz ihrer zehnjährigen Schwäche auch tragen, weil sie erfolgreich gewesen ist und zahlreiche Fragen im Sinne einer Verständigung gelöst hat. Wenn Graf Westarp in einer Leipziger Rede die Politik der Mittelparteien als verständlich anerkannt hat und nun einerseits die Forderung erhebt, daß sie sich klar nach der einen oder der anderen Seite entscheiden sollten, so wird man das auch von seinem Standpunkt aus begründet finden, nur haben wir nicht die geringste Veranlassung, dieser Aufforderung zu entsprechen und uns damit festlegen zu lassen. Es würde keine Stärkung, sondern eine Schwächung bedeuten. Im allerwenigsten aber kommen für uns die Deutschnationalen in Frage. Sie haben sich selbst ausgeschaltet und müssen nun die Folgen tragen. Es ist garnicht denkbar, mit ihnen die Politik von Thoiry fortzuführen, und schon das allein muß genügen, um ihre Angebote, die bald dringend, bald verschleiert vorgetragen werden, mit Dank abzulehnen. Eine Aufnahme deutschnationaler Minister in das Kabinett würde nur neue Schwierigkeiten schaffen, während der selbige Kurs klar und bestimmt ist.

Allerdings muß auf eines hingewiesen werden, was in all den Erörterungen der letzten Zeit nicht genügend beachtet worden ist. Die Sozialdemokratie ist eine Angelegenheit jener Weltanschauung geworden, die von Maschinen und Wirtschaft eingeleitet wurde und ihre herkömmliche Unterfertigung gefunden hat. Man kann ihr sogar zugeben, daß sie selbst der härteste Motor in dieser Richtung gewesen ist. Sie wird den letzten Berufen, einen Ausgleich mit Frankreich herbeizuführen, auch keinen Widerstand leisten und kann infolgedessen als sichere Hilfsarmee gelten. Ob sie allerdings vor ihren eigenen Führern die Verantwortung übernehmen kann, ist mindestens fraglich. Thoiry hat heute einen fast kapitalistischen Hintergrund bekommen. Wenn auch die Wirtschaftsverhandlungen, so über den Eisenpakt, das Farbenabkommen oder die Besprechungen in Rom, als etwas Selbständiges angesehen werden müssen, so gehören sie doch in diesem Zusammenhang hinein. Gerade sie bilden die Kammer, die um die beteiligten Länder gelegt werden soll. Wir haben schon von Anfang an immer auf die Befehle verwiesen, die eine horizontale Gemeinschaft über die Landesgrenzen hinweg gerade dann erregen muß, wenn es sich um die Schinerindustrie handelt. Sie sind sozialer Natur, und es wird Aufgabe des Reiches sein, die gewaltige Macht, die sich hier zusammenzieht, im Staatsinteresse unter Kontrolle zu nehmen, sonst könnten eines Tages die gesamten Erzeugnisse der Sozialpolitik reiflos verschwinden.

Nur das schon für die Mittelparteien eine harte Last, so ist es für die Sozialdemokratie geradezu eine innere Unmöglichkeit, diese internationalen Bestrebungen zu fördern. Man braucht sich nur vorzustellen, daß heute wieder, wie es doch schon der Fall war, ein Sozialdemokrat an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums steht. Wir zweifeln gar nicht daran, daß auch eine solche Persönlichkeit die Notwendigkeit dieser Partei anerkennt und dementsprechend im Kabinett handelt, aber seine Widerständigkeit würde das nicht mit derselben Klarheit begreifen. Sie würde nur sehen, daß dem Kapitalismus der Staat die Mittel geboten wird. Es scheint uns schon aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie geboten, sie jetzt in diesem Augenblick nicht so sehr auf eine Mitübernahme der Verantwortung zu drängen. Findet sie aus eigenen Kräften den Mut, umso besser, dann wird sie auch die Kraft haben, sich mit ihren Anhängern auseinanderzusetzen. Aber irgend einen Zwang auszuüben, scheint nicht ratsam.

Man darf auch nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie in sich nicht einheitlich ist. Am nächsten Sonntag finden die Landesparlamente im Freistaat Sachsen statt. Die Partei tritt getrennt auf, und wenn nicht alle Angehörigen, endet der Kampf zu Gunsten der radikalen Strömung, die mit den Kommunisten zusammengeht. Die Rückführungen auf das Reich sind unerkennbar, zumal man in der Zentrale nicht den Mut findet, Grenzen zu

ziehen, sondern nach demütigsten Waffern immer wieder den Versuch macht, zu vermitteln. Dabei muß betont werden, daß gerade Sachsen ein für die äußerste Linke günstiges Feld ist, namentlich in Zeiten der Arbeitslosigkeit. Dieser Freistaat, in dem in der Vergangenheit so unendlich viel an den unteren Schichten gesündigt worden ist, hat alle Nachteile einer übertriebenen Industrialisierung, die sich politisch in Radikalisierung umsetzt. Mit einem Mißverhältnis des Bürgerturns ist dort ebenfalls zu rechnen.

So bleibt eben nur die Mitte. Sie kann die Verantwortung tragen, weil alle Probleme bei uns einzig und allein auf dem Wege der Verständigung gelöst werden können. Ein Ausklangen der Gegensätze ist zwecklos und muß daher ängstlich vermieden werden, weil der Gedankenaustausch, in dem wir uns befinden, dadurch nur verzögert werden würde. In der Außenpolitik ist der Weg gegeben. Dabei aber darf nicht etwa behauptet werden, daß dieser Weg gradlinig zum Ziele führt. Wir wissen, welche Widerstände sich in immer größerem Maße in Frankreich herausgebildet haben. Wenn auch Briand, der in seinem fröhlichen Optimismus an Stresemann erinnert, erst vor wenigen Tagen im Kreise seiner Freunde Thoiry gefeiert und ein erneutes Bekenntnis zur deutsch-französischen Verständigung abgelegt hat, wenn auch von Poincaré, wahrscheinlich mit Recht gelobt wird, daß er grundsätzlich kein Gegner dieses Ausgleichs ist, und nur möglichst viel für Frankreich herauszuschlagen will, so bleiben doch Tatsachen bestehen, die als sehr schwer überwindbare Hindernisse zu gelten haben.

Es sind wieder die finanziellen Fragen, die sich als noch nicht lösbar herausgestellt haben. An und für sich wäre es durchaus denkbar, daß Deutschland einen erheblichen Teil seiner Eisenbahnobligationen auf dem amerikanischen Geldmarkt auslegen kann. Eine amtliche Genehmigung würde wohl zu einem Erfolge ausreichen, sie aber bleibt aus, oder besser gesagt, sie wird abgelehnt, weil Frankreich bisher kein Schuldenabkommen nicht ratifiziert hat und ein Druck in dieser Richtung ausgeübt werden muß. Die Ausichten sind trotzdem außerordentlich gering, weil die Schuldverschaffung, wie man das jenseits des Rheines nennt, unter allen Umständen vermieden werden soll. Man sagt sich in Paris, daß die beiden angelsächsischen Mächte keine Zwangsmaßnahmen ergreifen können, und daß man sich in der glücklichen Lage eines Schuldners befindet, dem kein Gerichtssozialisther etwas anhaben kann. Siegt diese Auffassung, und es spricht sich für eine gewisse Wahrscheinlichkeit, so scheidet Wallstreet damit von selbst aus. Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob nicht in Europa eine Anleihe denkbar wäre. An sich könnte man das behaupten, aber wir haben kein Interesse daran, uns deshalb mit den berechtigten Staaten zu überlassen, die eine solche Tat offenbar als eine gegen sie gerichtete Handlung ansehen würden. Am wenigsten wäre es angebracht, den Ausgang der Wahlen abzuwarten, die in Amerika im November stattfinden und nach allgemeiner Auffassung zu einer Verhinderung

publikaner, aber auch die Schäden soll man nicht vergessen. Es ist schließlich die Partei Wilsons.

In dieser Zwangslage haben französische Blätter eine Veränderung der Grundlage von Thoiry vorgeschlagen. Deutschland soll nicht finanzielle Leistungen, sondern politische Zugeständnisse bieten. Eine Möglichkeit dazu sehen wir nicht. Wenn von einer endgültigen Anerkennung der Ostgrenzen, oder einer Verzicht auf den Anschließ der Österreich gesprochen worden ist, so sind das Forderungen, denen wir nur ein klares Nein entgegenstellen können. Dazu haben wir nicht in Loarona nach jähren Ringen unsere Thesen durchgesetzt, die auf Gewaltanwendung zur Veränderung der Grenzen verriet, die deutschen Ansprüche aber aufrecht erhielt. Gerade die Fortschritte der letzten Zeit, so die erneute Ausweisung Deutschlands aus Oberschlesien und die fast abzulehnende Note in der Angelegenheit der Chorzauer Schadloshaltung, konnten unsere Auffassung nur bestärken, daß in Warschau ein Verständigungsverle überhaup nicht vorhanden ist. Mit Polen können wir nur auf dem Wege über internationale Schiedsgerichte verhandeln, wobei wir immer darauf gefaßt sein müssen, daß selbst harte Urteile von ihnen umgangen oder mutwillig juristigeweisen werden.

Es war ganz richtig, daß die Deutschnationalen der Preussischen Brandenburg in einer Entschlossenheit gegen Thoiry von Frankreich als dem Erbfeind sprachen, und daß dann keine sämtliche Blätter der Partei, ausgenommen natürlich die „Deutsche Zeitung“, diesen Ausdruck nicht schon vor dem Reichstag, sondern erst nach dem Reichstag, in dem die Erbfeindschaft und nur die Richtlinien der Politik, die es bei Bismarck bezeugt gepredigt haben, davon sagend. Wir haben geland, Krieges und ist. Solche Bestrebungen an wird auch sein dürfen, alles ist nur

nenneren Poliam, so man mit der Sozialdemokratie, die eine oder der anderen am. Wir sind der schwersten haben, die länger ist gut die Rede, den des Reiches, die einen Mittel schaft sind gleich berechtigt. Neben fallen Aufgaben zu, die man nicht rufen lassen darf, ohne sie in der Zukunft teurer bezahlen zu müssen, aber wo nichts ist. Der Ausgleich wird zu erbitterten Kämpfen führen, weil jeder der Beteiligten nur seine eigene Not sieht. Die Länder stehen fast geschlossen gegen das Reich, die Städte haben schon in einer Denkschrift schärfliche, aber darum nicht minder scharfe Kritik an der Finanzgebarung geübt, und das Reich selbst wird sich auf seine außenpolitischen Verpflichtungen berufen müssen.

Daneben spielen die Vorfälle der letzten Zeit eine untergeordnete Rolle, auch wenn sie zunächst die Öffentlichkeit stark erregt haben. Der Vergleich mit den Hohenzollern in Preußen, der Rücktritt des Generalobersten von Seekt nach der Militärdienstführung des Kronprinzensohnes, die Fredericus Rex-Markte der Reichspost und andere Feindschaften, so auch die Untersuchung der Feme-Morde und die Gerichtsverfahren gegen die Täter, werden den Stoff genug zu lebhaften Debatten geben, aber das Wesentliche hindert sie nicht. Unsere Aufgabe bleibt, die deutsche Stellung dem Auslande gegenüber zu sichern und die Bahnen für die innere Entwicklung frei zu legen. Richard Man.

Werbung neuer Mitglieder und Verbreitung unserer Wochenchrift

in die beste und nachhaltigste Unterstützung der Partei.
Anmeldungen nehmen entgegen:
Deutsche Demokratische Partei Magdeburg
Breitenweg 139/140
Deutsche Demokratische Partei Halle
Leipziger Straße 21.

der Parteikräfte führen werden. Die Demokraten befinden sich im Vormarsch, Möglich, daß sie, wenigstens im Senat, vielleicht auch im Repräsentantenhaus, die Mehrheit erhalten werden. Der Nutzen liegt klar zutage, da die Demokraten eher für Völkerverständigung und Verständigung mit Europa zu gewinnen sind, als die Re-

